Die Logik eines scheinbaren Widerspruchs haben **Gerd Bosbach** und **Jens Jürgen Korff** analysiert.
Altersarmut erscheint in der öffentlichen Diskussion oft als unausweichliche Folge der gesellschaftlichen Alterung. Ein Blick ins vergangene Jahrhundert zeigt allerdings, dass eine solche Entwicklung nicht zwangsläufig ist: Die Lebenserwartung stieg in Deutschland von 1900 bis 2000 um über 30 Jahre, der Anteil der Über-65-jährigen stieg von unter 5 auf über 17 Prozent und zugleich halbierte sich der Anteil der Jugendlichen. Gleichwohl nahm die Altersarmut in dieser Zeit nicht zu, sondern sank sogar rapide; auch wuchs der Wohlstand der Erwerbstätigen, und das trotz kürzerer Arbeitszeiten. Wer ohne Scheuklappen in die Zukunft schaut, wird erkennen: Altersarmut ist keine Folge der demografischen Entwicklung, sondern einer gesellschaftlichen Umverteilung von unten nach oben. Das belegen wir in diesem Aufsatz mit zwei einfachen, leicht nachvollziehbaren Überlegungen…

Reallohnsteigerungen bei einem Rentenbeitrag von 40 Prozent?

Bis zum Jahr 2030 gilt ein Beitragssatz von 22 Prozent in der GRV als Schallgrenze, die nicht überschritten werden darf. Die Arbeitnehmer/innen sollen die daraus resultierenden Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Rente durch private Vorsorge ausgleichen. Man begründet die Kürzungen mit der These, dass Rentenbeiträge von 26, 28 oder gar 30 Prozent unweigerlich die realen Nettolöhne in den Abgrund reißen würden. Im Extremfall, so drohte der damalige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering seinen SPD-Genoss(inn)en, müsste der Beitragssatz sogar auf über 40 Prozent steigen, wenn die Rente ab 67 nicht eingeführt würde. Er folgte dabei einer älteren Modellrechnung des Bielefelder Bevölkerungsforschers Herwig Birg, der als Dramatisierer bekannt ist. Das „Geklingel“ der hohen Zahlen hat Öffentlichkeit und Parteipolitiker so stark beeindruckt, dass Leistungskürzungen wie die „Rente ab 67“ als Folge der gesellschaftlichen Alterung akzeptiert werden.

Die Gegenrechnung

Wir haben uns durch die großen Prozentzahlen nicht bluffen lassen, sondern nachgerechnet, ob dadurch wirklich die Reallöhne sinken müssten. Dazu benutzen wir den gleichen Prognosehorizont von 50 Jahren, wie er in den dramatisierenden Zukunftsszenarien üblich ist. Nehmen wir weiterhin ein nur geringes Produktivitätswachstum von durchschnittlich 1 Prozent pro Jahr an, so wächst das Produkt einer Arbeitsstunde in 50 Jahren wegen des Zinseszinseffekts real um gut 64 Prozent. Übersetzen wir diese Entwicklung auf den ausbezahlten Anteil für einen Arbeitnehmer, den Lohn. Bekommt er heute 2.000 EUR brutto und diese 1 % Wachstum darauf jährlich hinzu, ergibt das in 50 Jahren einen Lohn von knapp 3.300 EUR. Bezahlt der Arbeitnehmer heute

rund 10 % Beitrag für die gesetzliche Rente, verbleiben ihm 1.800 EUR für die restlichen Ausgaben. Betrachten wir jetzt die Verhältnisse in 50 Jahren bei verschiedenen Beitragssätzen zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV).

Das Ergebnis überrascht. Selbst wenn wir ein extremes Negativszenario annehmen: Aufgrund des gestiegenen Rentneranteils braucht die GRV 40 Prozent vom Lohn; der Arbeitgeberanteil bleibt bei 10 Prozent; der Arbeitnehmeranteil steigt also auf 30 Prozent – selbst dann steigt das reale Einkommen der Arbeitnehmer noch um knapp 30 Prozent! Die gesetzliche Rente erweist sich eben doch als armutsfest, wenn, ja wenn die Produktivitätssteigerungen ausbezahlt werden und die gestiegenen Einkommen sozialversicherungspflichtig bleiben.

In dieser Rechnung ist keine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer/innen versteckt, weil sich das 1-prozentige Produktivitätswachstum nur auf „seinen“ Anteil auswirkt. Auf den Unternehmeranteil wirkt das Produktivitätswachstum analog (verteilungsneutrale Entwicklung).

Aber werden sich die Arbeitnehmer/innen nicht weigern, in Zukunft so viel für die Rente zu zahlen? Dieser Einwand unterstellt unausgesprochen, dass die Löhne nur die Preissteigerung ausgleichen dürfen, dass der Gewinn aus den Produktivitätssteigerungen komplett bei den Unternehmern bleibt und dass der Arbeitnehmer zusätzlich noch 4 Prozent und mehr für die Riester-Rente ausgeben soll. In diesem Szenario hat der Arbeitnehmer als Lohn real viel weniger in der Tasche als dann, wenn ihm sein Anteil am Produktivitätsfortschritt ausgezahlt wird und die ungekürzte gesetzliche Rente bleibt. Und später hätte er zusätzlich eine sichere umlagefinanzierte Rente. Würde über diese Fakten offen informiert und diskutiert, wäre die Wahl der meisten Arbeitnehmer/innen wohl eindeutig. Deshalb werden ideologische Nebelkerzen geworfen, die wir uns näher anschauen. (…)

Prognosen mit absurden Annahmen

Die meisten demografischen Horrormeldungen, mit denen Altersarmut direkt oder indirekt entschuldigt wird, betreffen weder die Vergangenheit noch die Gegenwart, sondern die fernere Zukunft. Mit gutem Grund, denn bei Aussagen über Vergangenheit und Gegenwart sind die wirklichen Armutsgründe viel leichter zu sehen. Vor allem niedrige Löhne, hohe Arbeitslosigkeit und fehlende sozialversicherungspflichtige Stellen lassen Geld in den Kassen der GRV fehlen und erzwingen so Rentenkürzungen. Interessengeleitete Experten

„berechnen“ deshalb lieber, warum die Zukunft nur unter der Bedingung rigider Kürzungsmaßnahmen bei Arbeitnehmer(inne)n, Arbeitslosen und Rentner(inne)n zu bewältigen sei. Dazu verwenden sie scheinbar komplizierte Methoden, um sich so der Überprüfung ihrer Rechnung zu entziehen.
Zuweilen ist es aber schlichte Dummheit, die für ein demografisches Zerrbild verantwortlich ist: „Im Osten droht extreme Alterung – Studie: 2050 in Brandenburg 90 Prozent Rentner“ – so oder ähnlich lauteten im Juli 2009 die Schlagzeilen, etwa in der Frankfurter Allgemeinen vom 1.7.2009. Eine groteske Vorstellung: Auf einem ganz normalen Marktplatz sind samstags 100 Menschen unterwegs; davon sind 90 Rentner/innen, 2 Kinder und 8 jüngere Erwachsene. Auf einen jüngeren Erwachsenen kommen über 11 Rentner/innen. Wie kam es zu dieser Horrormeldung? Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen“ hatte im Rahmen einer Langzeitprognose für Brandenburg im Jahr 2050 einen Altenquotienten von 90 angenommen. Das bedeutet: Auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen 90 Senior(inn)en. Selbst unter der unrealistischen Annahme, dass es 2050 in Brandenburg kein einziges Kind mehr gibt, wäre der Anteil der Senior(inn)en an der Bevölkerung dann 90 von 190, also 47 Prozent. Das wäre nicht schön, aber ewig weit von den behaupteten 90 Prozent Rentner(inne)n entfernt! Verantwortlich für diesen Unsinn waren die „Demografie-Experten“ vieler großer Zeitungen, die eine fehlerhafte dpa-Meldung zu eigenen, namentlich gekennzeichneten Artikeln aufgebauscht haben.
Auch wenn wir von solch peinlichen Pannen der Schwarzmaler absehen, ist es ein bekanntes Phänomen, dass gut bezahlte Experten genau jene Annahmen in ihren Rechenmodellen verwenden, die zu dem vom Auftraggeber gewünschten Ergebnis führen. Da aus Erfahrung bekannt ist, dass sich kaum jemand die Annahmen genauer anschaut, werden die „Katastrophenrechner“ frech:

- Der Präsident der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, ließ im Mai 2011 errechnen, dass 2025 in Deutschland 6 bis 7 Mio. Fachkräfte fehlen. Um das hinzubekommen, mussten seine Experten u.a. annehmen, dass es keine Wanderung mit dem Ausland und keine Änderung des Erwerbsverhaltens der Frauen gibt, und dass sich die Rente mit 67, die verkürzte Gymnasialzeit sowie der Aussetzung von Wehr- und Zivildienst nicht auswirken. Angesichts des vermeintlich riesigen Fachkräftemangels von 6 bis 7 Mio. sind diese Annahmen geradezu grotesk. Trotzdem hat diese Zahl seitdem die Diskussion bestimmt.

- Prof. Fritz Beske, Leiter des Instituts für Gesundheits-System-Forschung (IGSF) in Kiel, „ermittelte“ 2007 eine Verdopplung des Ausgabenanteils für Krankheitskosten bis 2050. Wesentliche Annahme dabei: Die Ausgaben der Gesetzlichen

> Krankenversicherung (GKV) steigen jährlich um 1 Prozent. Mit anderen Worten: Beske hat herausgefunden, dass dann, wenn die Gesundheitskosten steigen, die Gesundheitskosten steigen. Da er jährliche Kostensteigerungen von vornherein in sein Modell eingebaut hat, bekommt er sie hinten für 40 Jahre natürlich dramatisch heraus. Die gleiche Rechnung bot er auch für eine zweiprozentige jährliche Steigerung an. (…)

Bei vielen Zukunftsstudien weisen die Autoren wichtige Annahmen für die Zukunft gar nicht oder sehr verklausuliert aus. Damit ist jede Überprüfung ihrer Glaubwürdigkeit von vornherein unmöglich, eine rechentechnische Kontrolle ebenso. Doch ein derart unseriöses Vorgehen schadet der Verbreitung der „Ergebnisse“ nicht, weil interessierte finanzkräftige Unterstützerkreise für die wohlwollende Öffentlichkeit sorgen. Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und sein Institut für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg tun sich hier besonders emsig hervor.

Steigende Lebenserwartung ohne gesundheitliche Fortschritte?

In puncto Pflegekosten hat sich Raffelhüschen wohl zum meistzitierten Experten Deutschlands gemausert. Nach seiner jahrelangen (und aus seiner Sicht: erfolgreichen) Lobbyisten-Tätigkeit für die private Rente haben er und sein Institut viele Studien zu den zukünftigen Kosten für Altenpflege bis 2050 oder gar 2060 erstellt.
So titelte Focus Online am 28. Juli 2007: „Pflegebeitrag: Raffelhüschen warnt vor Vervierfachung/Die Pflege älterer Menschen wird nach Berechnungen des Sozialexperten Bernd Raffelhüschen in den kommenden Jahren drastisch teurer werden.“ Das Ergebnis klingt auf den ersten Blick plausibel: Je mehr ältere Menschen es gibt, desto mehr Pflegebedürftige sollte es geben. Gleichwohl beruht die Argumentation auf einem schwerwiegenden methodischen Denkfehler. Zur Verdeutlichung erläutern wir diesen anhand von aktuellen Zahlen.

Die Vermischung von dynamischer und statischer Betrachtung

Die Anzahl der Pflegebedürftigen entspricht zurzeit etwa der Hälfte der Anzahl der Über-85-Jährigen. Da sich nach den Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes der Anteil der Über-85-Jährigen – auch Hochbetagte genannt – bis 2050 etwa vervierfacht, wird vielfach für diesen Zeitpunkt mit einer Vervierfachung der Pflegekosten gerechnet. Um den methodischen Fehler aufzuzeigen, übernehmen wir hier die Annahmen des Statistischen Bundesamtes zur Alterung (Anstieg der Lebenserwartung um ca. 7 Jahre bis 2050), obwohl es auch hier Gründe zum Zweifel gibt. Bei der Lebenserwartung ist Raffelhüschens Denkweise dynamisch: Er vollzieht eine Veränderung bis 2050 nach. Die Altersgrenze

jedoch, bei der er die Gruppe der Hochbetagten beginnen lässt, bleibt konstant bei 85 stehen. An dieser Stelle rechnet Raffelhüschen plötzlich statisch! Wenn das stimmen würde, hieße dies, dass die Älteren im Jahr 2050 alle sieben Jahre, die sie an Lebenszeit hinzugewonnen haben, in Krankheit und Pflegebedürftigkeit verbringen. Das widerspricht nicht nur allen historischen Erfahrungen, es ist auch schlicht unlogisch: Denn warum sollten wir sieben Jahre älter werden, wenn unsere Gesundheit keine Fortschritte macht?

Die Älteren unter uns wissen, dass sie heute mit 60 in der Regel erheblich rüstiger sind, als es ihre Großeltern mit 60 waren. Einige Mediziner versuchen diese Erfahrung in Zahlen auszudrücken und schätzen, dass heute ein 60-Jähriger im Schnitt die physische Konstitution eines 50-Jährigen aus der Zeit vor 30 Jahren hat. Auch die Statistiker des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock ziehen aus den Daten der Jahre 1991 bis 2003 den Schluss: „Steigende Lebenserwartung geht mit besserer Gesundheit einher.“ Raffelhüschen kennt die Problematik seines Vorgehens. Da er wegen der großen zahlenmäßigen Wirkung aber nicht auf diesen „Denkfehler“ verzichten will, versteckt er sein Vorgehen unter Formulierungen wie „konstante altersspezifische Pflegewahrscheinlichkeit“.

Weil der methodische Fehler, eine Vermischung von dynamischen und statischen Modellen, nicht so leicht zu begreifen ist, sei er hier noch an einem anderen Beispiel erklärt: Das ist so, als würde man bei den Olympischen Spielen trotz der ständigen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Athleten die Qualifikationsgrenzen für die Teilnahme der Sportler/innen stets auf einem bestimmten Stand, beispielsweise von 1960, stehen lassen und sich dann wundern, wenn die Olympiamannschaften so groß werden, dass in die Stadien überhaupt kein Publikum mehr hineinpasst. (…)

Zusammenfassung

Die gesellschaftliche Diskussion wird oft durch Negativbilder über die zukünftige Entwicklung geprägt. Die Demografie, genauer: die vermeintlich viel zu hohe Anzahl der älteren Menschen, soll an allem Übel schuld sein. Gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, Umverteilung von unten nach oben und soziale Ungleichheit werden dadurch verdeckt. Sinkende gesetzliche Renten und Armut im Alter sollen als zwangsläufig erscheinen. So konnten die an Umverteilung interessierten Kreise leicht verständliche volkswirtschaftliche Betrachtungen wie die Wirkung selbst von geringen Produktivitätssteigerungen systematisch aus der Debatte ausblenden. Zu Experten emporstilisierte Wissenschaftler schrecken in ihren unterstützenden Studien selbst vor den absurdesten Annahmen für die Zukunft nicht zurück: kein Bevölkerungsausstauch mit dem Ausland trotz hohem Fachkräftemangel; sieben Jahre länger leben, aber alle komplett in

Krankheit und Pflege… Da sie diese Annahmen der Öffentlichkeit gegenüber weitestgehend verschweigen, gelten die Ergebnisse solcher Rechnungen als „realistischer“ Blick in die Zukunft. Willfährige Journalisten verkürzen die Botschaft zu eingängigen Schlagzeilen, die sie als „Fakten, Fakten, Fakten“ verkaufen. Aufklärung, das sei abschließend betont, ist schwierig, aber möglich!

Im vollständigen Buchbeitrag finden Sie nicht nur Belege für alle Aussagen, sondern auch weitere Beispiele: die volkswirtschaftliche Betrachtung, dass ein wachsender „Kuchen“, aufgeteilt auf weniger Gäste, nicht kleinere, sondern größere Kuchenstücke für jeden ergeben müsste; historische Belege für die These, dass die Reallöhne auch bei steigenden Rentenbeiträgen steigen können; absurde Annahmen in der Propaganda für Riester-Fondssparpläne, seinerzeit vorgebracht von der angeblich seriösen Zeitschrift „Finanztest“; eine Beispielrechnung, die die gravierenden Folgen von Raffelhüschens „Denkfehler“ bei der Pflegebedürftigkeit belegt; sowie mehrere Beispiele für die beliebte Täuschungsmethode, kleine Veränderungen über lange Zeiträume aufzuaddieren.

Den gekürzten Artikel entnehmen wir dem heute bei Campus erscheinenden Buch „Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung“ (hg. v. Christoph Butterwegge, Gerd Bosbach und Matthias Birkwald). Das Buch gibt einen kompetenten und wissenschaftlich fundierten Überblick über zahlreiche Aspekte der Altersarmut und mögliche Alternativen. Dafür bürgen neben den Herausgebern Autoren wie Gerhard Bäcker, Annelie Buntenbach, Ernst Kistler, Daniel Kreutz, Anton Schaaf, Winfried Schmähl, Jutta Schmitz, Ottmar Schreiner, Hans-Jürgen Urban oder Diana Wehlau. Für die freundliche Genehmigung für den Abdruck danken wir den Autoren und dem Verlag.

Ein kurzer Blick ins Inhaltsverzeichnis

- Christoph Butterwegge untersucht die Entwicklung des Sozialstaates.
- Winfried Schmähl fragt nach Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Gesetzlichen Rentenversicherung.
- Gerhard Bäcker seziert die Fallstricke der einseitigen Rentenreformdebatte.
- Ernst Kistler und Falko Trischler sehen nach, wie die Senkung des Rentenniveaus mit demografischen Mythen begründet wird.
- Diana Wehlau stellt das Lobbying der Finanzbranche am Beispiel der Riester-Rente

dar.

- Annelie Buntenbach, Adolf Bauer, Hans-Jürgen Urban, Anton Schaaf, Ottmar Schreiner, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Matthias Birkwald und andere präsentieren Alternativkonzepte, die in den Gewerkschaften, Sozialverbänden, der SPD, bei den Grünen und bei den Linken diskutiert werden.

Christoph Butterwegge (Hg.), Gerd Bosbach (Hg.), Matthias W. Birkwald (Hg.): Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung
Kartoniert, 393 Seiten, zahlr. Tabellen und Grafiken
EAN 9783593397528, € 19,90
Mehr zum Buch beim Campus-Verlag